

«Wir wollen finanzielle Anerkennung»

Pia Amacher ist Präsidentin des im Herbst 2002 gegründeten Vereins «Elternlobby Schweiz», der sich für eine freie Schulwahl für alle einsetzt.

Ulrike Hool

Pia Amacher aus Reinach ist Mutter dreier schulpflichtiger Kinder, die alle eine Rudolf St einer Schule besuchen. «Von Anfang an fand ich es nicht richtig, dass Eltern, die ihre Kinder in eine Schule in freier Trägerschaft schicken, aufgrund der Steuern und des Schulgelds finanziell doppelt belastet werden», erinnert sich die Lehrerin für textiles Werken an die Anfänge ihres heute einen Grossteil ihrer Freizeit umfassenden Engagements. Nach dem Motto «Gemeinsamkeit macht stark» hat sie daher vor rund sieben Jahren angefangen, in der gesamten Region Eltern zu suchen, deren Probleme und Interessen ähnlich gelagert waren. Heute, nach zahlreichen Anläufen, Rückschlägen und erneuten Versuchen, sind dank zäher Hartnäckigkeit in den Gemeinden der Region bereits beachtliche Erfolge zu verzeichnen, zumindest was den Vergleich mit anderen Gemeinden betrifft. Während die einen Gemeinden Materialkosten übernehmen, zahlen andere einen Pauschalbetrag an Schulen in freier Trägerschaft, dritte wiederum leisten pro Kind einen jährlichen Beitrag in unterschiedlicher Höhe. Die Nase vorn hat Reinach, die Wohngemeinde von Pia Amacher, welche erstmals in diesem Jahr einen fixen Betrag von jährlich 2000 Franken für Kinder der ersten bis fünften Klasse ausrichtet und dies in einem Reglement festgehalten hat. Der Kanton Baselland zahlt seit 2000 für jedes Kind der ersten bis neunten Klasse, welches eine nicht-staatliche Schule besucht, einen Jahresbeitrag von 2000 Franken. Mit dieser Regelung gehört er neben Zug und Luzern zwar zu den grosszügigen Kantonen, im europäischen Vergleich allerdings bildet die Schweiz zusammen mit Griechenland, welches seine nicht



Seit Herbst letzten Jahres ist Pia Amacher Präsidentin des Vereins Elternlobby Schweiz.

FOTO: ULRIKE HOOL

staatlichen Schulen überhaupt nicht unterstützt, einsames Schlusslicht.

Vorbild Finnland

Als wegweisend in der Schulwahl-Aus-einandersetzung betrachtet Pia Amacher den Pisa-Spitzenreiter Finnland. «Hier gibt es ein Nebeneinander verschiedener pädagogischer Profile in einer Schule. Da gehen zum Beispiel Kinder in Klassen der herkömmlichen Staatsschule, aber im gleichen Schulhaus befinden sich zum Beispiel auch Montessori-Klassen. Das ist eine unglaubliche Bereicherung für die Eltern, und der Staat zahlt für jedes Kind den gleichen Betrag an die Schule.» Diese finanzielle Gleichstellung, so Pia Amacher, bilde die Grundlage für eine freie Wahl der Schule für alle und garantiere die Chancengleichheit. Die jetzige Situation, ist die Präsidentin der Elternlobby überzeugt, fördere lediglich eine schleichende Zweiklassen-Gesellschaft, indem sie nur vermögenden Eltern die Wahl für eine andere als die staatliche Schule zugestehe. Aus diesem Grund sei es besonders wichtig, die Leistung der Reformpädagogik nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu unterstützen. «Wir wollen

finanzielle Anerkennung», stellt Pia Amacher klar. «Denn ohne diese Unterstützung sind vor allem die reformpädagogischen Schulen in ihrer Existenz bedroht.»

Petition lanciert

An seiner Mitgliederversammlung vom 28. März in Bern informiert der Verein Elternlobby Schweiz, dem mittlerweile rund 600 Mitglieder aus der ganzen Schweiz angehören, unter anderem über die bereits gestartete Petition «für eine echte Schulwahl». «Mit dieser Petition an die eidgenössische Bundesversammlung hoffen wir, dass auch der Bund in Sachen finanzielle Beteiligung an Schulen in freier Trägerschaft aktiv wird», betont Pia Amacher. Ein weiteres Ziel an der bevorstehenden Mitgliederversammlung ist die Gründung von Elternlobby-Gruppen in jedem Kanton, die in ihrem Anliegen an die jeweiligen Kantonsregierungen unterstützt werden sollen. Mittelfristig, so Pia Amacher, bestehe ein wichtiges Ziel darin, in jedem Kanton eine Beratungsstelle zu gründen, wo sich Eltern vor dem Kindergarten-Eintritt ihres Kindes über die verschiedenen pädagogischen Richtungen informieren können.